

<u>Ausschuss:</u> Tagungs-Berichtsausschuss	<u>Berichterstattung:</u> Synodaler Jeck
<u>Vorlage:</u> Aufenthaltsrecht für Roma	

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Die Landessynode bittet den Innenminister des Landes NRW, sich zum Schutz der Roma aus dem Kosovo umgehend für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht einzusetzen und langfristig eine gesamteuropäische Regelung anzustreben.

Begründung:

Bereits seit Anfang der 90er Jahre flohen Roma, die bei den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen alle Fronten gerieten, aus dem ehemaligen Jugoslawien. Nach Ende des Kosovo Krieges 1999 wurden Roma aus dem Kosovo von Albanern gewaltsam vertrieben, Straßenzüge und ganze Stadtteile wurden geplündert, gebrandschatzt und niedergerissen.

In Deutschland wurde ihr Aufenthalt lediglich geduldet.

Jetzt droht ihnen die Abschiebung in den Kosovo. Bisher hatte die UN-Übergangsverwaltung (UNMIK) Abschiebungen von Roma wegen der bestehenden Gefährdungslage verhindert. Im November 2008 hat die UNMIK die Zuständigkeit für Rückführungsfragen an die kosovarische Regierung abgegeben. Diese hat sich inzwischen bereit erklärt, Personen, die aus dem Kosovo geflohen sind, zurückzunehmen. Mit Erlass vom 13. Mai 2009 hat das Landesinnenministerium die Abschiebung von Roma aus dem Kosovo ermöglicht. Erste Abschiebungen fanden bereits statt.

Im Kosovo droht ihnen eine existentielle Gefährdungslage. Von der Inanspruchnahme grundlegender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, die auf internationaler Ebene anerkannt und vereinbart sind, bleiben sie ausgeschlossen.

Durch Krieg und Vertreibung leben die Angehörigen der ethnischen Minderheiten heute noch zum größten Teil in klar abgegrenzten Gebieten oder Enklaven. Armut, Diskriminierung und rassistische Übergriffe bestimmen den Alltag.

Aus ihren traditionellen Berufen wurden sie verdrängt, vom regulären Arbeitsmarkt sind sie faktisch ausgeschlossen, ihre Arbeitslosigkeit liegt bei nahezu 100 %.

Ein großer Teil von ihnen bekommt keine gültigen Ausweispapiere und muss dadurch befürchten, als staatenlos betrachtet zu werden.

Das macht es ihnen unmöglich, ihren früheren Besitz zurückzuerlangen oder Zugang zu Bildungsangeboten zu erhalten.

Dazu kommt der Ausschluss der Roma vom sozialen Sicherungssystem und von ärztlicher Behandlung. Selbst wenn sie registriert sind, was nur an ihrem ursprünglichen Wohnort, von dem sie vertrieben wurden, möglich ist, sind viele Roma nicht in der Lage, sich die Medikamente für die Grundversorgung zu leisten.

Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammerberg, appelliert eindringlich an die Regierungen, von Abschiebungen in den Kosovo abzusehen, und bezeichnet die dort vorherrschenden Bedingungen als eine humanitäre Katastrophe.

Im Nationalsozialismus wurden auch Roma verfolgt. Aus dieser historischen Verantwortung heraus sollte endlich den Roma ein Aufenthaltsrecht eingeräumt werden.